



## Wert der Staatsangehörigkeit bewahren

Die deutsche Staatsangehörigkeit ist der umfassendste und wertvollste Status, den unser Land einem Menschen zuerkennen kann. Mit ihr sind uneingeschränkte Rechte – etwa zum Aufenthalt, zur demokratischen Teilhabe sowie auf diplomatischen Schutz weltweit –, aber auch Pflichten verbunden.

Es ist zu begrüßen, wenn ein Ausländer, der in Deutschland heimisch geworden ist, Deutscher werden möchte. Angesichts der Bedeutung für unser Zusammenleben ist es dabei richtig, die Verleihung der deutschen Staatsangehörigkeit an klare und anspruchsvolle Voraussetzungen zu knüpfen: Eine Einbürgerung von Straftätern, Extremisten und Antisemiten muss ausgeschlossen sein. Um einer Einwanderung in unsere Sozialsysteme vorzubeugen, bedarf es einer nachhaltigen Integration in unseren Arbeitsmarkt. Im Interesse des Zusammenhalts in unserem Land braucht es aber noch deutlich mehr: Eingebürgert werden dürfen nur Ausländer, die sich ganz in unsere Gesellschaft integriert haben. Kenntnisse der deutschen Sprache, unserer Rechts- und Gesellschaftsordnung sowie unserer Lebensverhältnisse sind dafür notwendige, aber nicht hinreichende Bedingung. Erforderlich ist vielmehr eine echte Hinwendung zu unserem Land, zur Rechtsordnung und insbesondere zu den Werten, die unserem Zusammenleben zugrunde liegen. Vor diesem Hintergrund hält die Unionsfraktion die von der Bundesregierung geplanten Änderungen des Staatsangehörigkeitsrechts grundlegend falsch: Die generelle Halbierung der Fristen, nach denen eine Einbürgerung frühestens möglich ist, führt dazu, dass die Verleihung der deutschen Staatsangehörigkeit künftig nicht mehr am Ende des Integrationsprozesses steht. Mit den bisherigen Einbürgerungsfristen von acht bzw. bei besonderen Integrationsleistungen von sechs Jahren liegt Deutschland im europäischen Vergleich im Mittelfeld. Hinzu kommt: In Ländern mit kürzeren Fristen wie Frankreich, Schweden oder Belgien sind deutliche Probleme mit der Integration von Ausländern unübersehbar.

Auch die generelle Hinnahme der mehrfachen Staatsangehörigkeit fördert den Zusammenhalt in unserem Land nicht. Im Gegenteil: Immer wieder wird deutlich, dass mit der Einbürgerung die klare Hinwendung zu unseren grundlegenden Werten verbunden sein muss – jüngstes Beispiel war das erschreckende Ausmaß antisemitischer Ausfälle auf deutschen Straßen nach dem Terrorangriff der Hamas auf Israel am 7. Oktober 2023.

Falsch ist schließlich auch die von der Ampel beabsichtigte Streichung der gesetzlich geforderten „Einordnung in die deutschen Lebensverhältnisse“. Die stattdessen eingeführten Fallgruppen bleiben inhaltlich hinter den bisherigen Anforderungen zurück und mindern den Anspruch an echte Integration in die deutsche Gesellschaft. Zudem sendet die Bundesregierung damit das verheerende Signal aus, dass künftig für die Einbürgerung in Deutschland eine Einordnung in die hiesigen Lebensverhältnisse nicht mehr notwendig sei.

Deswegen stellt die Unionsfraktion ihre Ziele und Vorstellungen in dieser Woche in einem eigenen Antrag im Bundestag zur Abstimmung.

Sehr geehrte Damen und Herren,  
liebe Freundinnen und Freunde,



vor fast genau zwei Jahren kam die Ampel-Koalition ins Amt und Olaf Scholz wurde Bundeskanzler. Eine gute Gelegenheit, zur Halbzeit der Wahlperiode eine erste Bilanz zu ziehen. Unser Land befindet sich in schwierigen Zeiten: Inflation, Rezession und Woh-

nungsnot, eine große Migrationskrise und natürlich der Klimawandel. Handeln, Entschlossenheit und Mut wären jetzt gefragt. Vielstimmigkeit, Unprofessionalität und über die Medien ausgetragener Dauerstreit bestimmen aber traurigerweise das Bild der Ampel. Von Olaf Scholz gibt es keine Führung, von Fortschritt ist nichts mehr zu erkennen.

Das historische Urteil des Bundesverfassungsgerichts, das ihr Umgang mit dem Staatshaushalt als verfassungswidrig festgestellt hat, hätte ein Weckruf werden müssen. Aber anstatt sich zusammenzurufen, wurde uns nach nächtelangem Verhandeln in dieser Woche ein schlechter Formelkompromiss präsentiert. Wer schon jetzt die Ausrufung einer Notlage für wahrscheinlich Mitte 2024 ankündigt und damit den Sinn der Ausrufung einer Notlage erneut missbrauchen will, kann nicht damit rechnen, dass wir als CDU/CSU dafür die Hände im Bundestag heben.

Die Unionsfraktion präsentiert hingegen Ideen, wie Deutschland besser werden kann. Wir haben zu allen wichtigen Politikbereichen eine große Zahl an eigenen Vorschlägen erarbeitet. In der Asyl- und Flüchtlingspolitik wollen wir Humanität und Ordnung wieder in Einklang bringen. Wir haben aufgezeigt, wie sich illegale Migration wirksam begrenzen lässt. Wir haben dargelegt, wie die Wärmewende technologieoffen, sozialverträglich und marktwirtschaftlich gelingt. Wir fordern eine gute Ausstattung für die Bundeswehr, um Deutschlands Bündnis- und Verteidigungsfähigkeit herzustellen. Und im Sinne nachfolgender Generationen achten wir wie keine andere Fraktion auf nachhaltige Finanzen. Wir werden diese Arbeit auch in den kommenden zwei Jahren fortsetzen und damit zeigen: Deutschland kann es besser!

Herzliche Grüße aus Berlin!

Dr. Günter Krings, MdB  
Vorsitzender der CDU-Landesgruppe NRW  
Foto: Tobias Koch

## Union wirbt für Emissionshandel als wirksames Instrument

Nach zähem Ringen hat die Weltklimakonferenz in Dubai die Abkehr von fossilen Brennstoffen beschlossen. Die CDU/CSU-Fraktion fordert die Bundesregierung nun auf, daraus die Konsequenzen zu ziehen und für verbindlichen Klimaschutz einzutreten. In einer aktuellen Stunde des Bundestages warb die Unionsfraktion für den weltweiten Ausbau des Emissionshandels als wirksames Instrument auf dem Weg zur Klimaneutralität.

Mit dem Emissionshandel bekommt die Verschmutzung der Atmosphäre mit CO<sub>2</sub> einen Preis. Der Handel funktioniert nach dem Prinzip der Marktwirtschaft: Werden die Verschmutzungsrechte verringert, steigt ihr Preis. Dieser Mechanismus dient als Anreiz dafür, CO<sub>2</sub> einzusparen. Die Ampel-Koalition plant nun zwar einen Preisanstieg – allerdings zu dem Zweck, die Einnahmen für den Haushalt 2024 zu erhöhen.

Die CDU/CSU warnte die Bundesregierung, auf diese Weise den Emissionshandel zu diskreditieren. Weil die Verbraucher den Anstieg der CO<sub>2</sub>-Preise beim Tanken und Heizen spüren, brauche es zwingend einen Sozialausgleich. Der Emissionshandel sei keine Melkkuh, um Haushaltslöcher zu stopfen. Der CO<sub>2</sub>-Emissionshandel ist ein Instrument für effizienten Klimaschutz und nicht für mehr Staatseinnahmen. Die Einnahmen daraus müssen an die Bürgerinnen und Bürger sowie an die Unternehmen zurückgegeben werden. Das dient der Wettbewerbsfähigkeit und dem sozialen Ausgleich. Und nur so kann die Akzeptanz in der Bevölkerung für den Umstieg auf erneuerbare Energien erhalten werden. Die CDU/CSU setzt sich für Technologieoffenheit und Innovationen beim Klimaschutz ein. Besonders bei Technologien zur Speicherung und Wiederverwendung von Kohlenstoff sowie bei der Kernenergie. CO<sub>2</sub>-Kreisläufe müssen geschlossen werden. Klimaschutz und Wirtschaft müssten in Einklang gebracht werden. Der Klimaschutz muss zu einem Geschäftsmodell werden. Nur dann haben wir eine Chance, dass die Länder weltweit mitziehen.

In diesem Sinne plädiert die Unionsfraktion dafür, dass Industrieländer, die in Entwicklungs- oder Schwellenländern in klimafreundliche Technologien investieren, sich dies auf ihre CO<sub>2</sub>-Bilanz anrechnen lassen können. Klimaschutz muss sich nach Auffassung der Union auch lohnen.

## Wohnungseinbrüche wirksam bekämpfen

Der Wohnungseinbruchdiebstahl beeinträchtigt das Sicherheitsgefühl der Bevölkerung erheblich. Neben dem materiellen Schaden leiden die Opfer nicht selten unter teilweise langfristigen psychischen Problemen, die durch die Verletzung der Privatsphäre und die Furcht vor einem erneuten Einbruch mit einer möglichen Täterbegegnung verursacht werden.

Laut der Polizeilichen Kriminalstatistik 2022 waren die registrierten Fälle von Wohnungseinbruchsdiebstählen in der Zeit zwischen 2019 und 2021 zurückgegangen, stiegen dann aber im Jahr 2022 auf insgesamt 65.908 Taten an. Die Aufklärungsquote war demgegenüber gesunken und lag bei 16,1 %. Die Anzahl der Wohnungseinbrüche ist damit bei Weitem zu hoch und die Aufklärungsquote bei Weitem zu gering.

Die Aufklärung von Straftaten, die Ermittlung des Täters, die Feststellung seiner Schuld und seine Bestrafung wie auch der Freispruch des Unschuldigen sind die wesentlichen Aufgaben der Strafrechtspflege, die zum Schutz der Bürger den staatlichen Strafanspruch in einem justizförmigen und auf die Ermittlung der Wahrheit ausgerichteten Verfahren durchsetzen soll. Die Umsetzung dieser Aufgaben verlangt nach Verfahrensvorschriften, welche die Funktionstüchtigkeit der Strafrechtspflege sicherstellen.

Mit dem Gesetz zur Modernisierung des Strafverfahrens wurden in der letzten Legislaturperiode von der Union zur Bekämpfung des Wohnungseinbruchdiebstahls die Befugnisse der Ermittlungsbehörden im Bereich der Telekommunikationsüberwachung in der Strafprozessordnung erweitert. Die für den Wohnungseinbruchdiebstahl vorgesehene Telekommunikationsüberwachung wurde allerdings nur befristet für fünf Jahre aufgenommen. Sie endet am 11.12.2024. Die Erweiterung der Telekommunikationsüberwachung zur Verfolgung des Wohnungseinbruchdiebstahls soll nach dem Willen der CDU/CSU auch über den 11.12.2024 hinaus gelten.

### Impressum:

Ausgabe Nr. 22/2023,  
15. Dezember 2023

**Landesgruppe NRW** der  
CDU/CSU-Fraktion im  
Deutschen Bundestag  
Platz der Republik 1  
11011 Berlin  
Tel.: 030/ 227-58956  
Fax: 030/ 227-76421

Email:  
[fabian.bleck@cducsu.de](mailto:fabian.bleck@cducsu.de)  
**Redaktion/ V.i.S.d.P.:**  
Karl-Heinz Aufmuth,  
Fabian Bleck